

Amt der Stmk. Landesregierung
Abteilung 13 Umwelt und Raumordnung
Stempfergasse 7
8010 Graz

Graz, 8. Juni 2026

Per E-Mail: abt13-bau-raumordnung@stmk.gv.at

Betreff: Begutachtung Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Windenergie

Stellungnahme zum Entwurf einer Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung, mit der das Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Windenergie geändert wird
GZ: ABT13-2326/2026-8

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Entwurf einer Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung, mit der das Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Windenergie geändert wird, nehmen wir als Industriellenvereinigung Steiermark wie folgt Stellung:

ALLGEMEINES

Die Transformation hin zu einer klimaneutralen Industrie zählt zu den größten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Sie erfordert den grundlegenden Umbau von Energieversorgung und Produktionsprozessen – verbunden mit massiven Investitionen sowie tiefgreifenden infrastrukturellen und technologischen Veränderungen.

Die Dekarbonisierung industrieller Prozesse und der Mobilität treibt dabei den Strombedarf massiv in die Höhe: Bis 2040 wird sich der gesamte steirische Strombedarf auf rund 20 TWh nahezu verdoppeln. Um den Ausbau der Energieinfrastruktur rechtzeitig zu ermöglichen, müssen Flächen frühzeitig gesichert werden. **Eine vorausschauende Raumplanung und eine deutliche Beschleunigung der Genehmigungsverfahren sind dafür unabdingbar.**

Die Industriellenvereinigung Steiermark begrüßt und unterstützt daher grundsätzlich Maßnahmen zur Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien und zur Dekarbonisierung der Wärmeversorgung und hat mit dem „Masterplan Grüne Energie“ gemeinsam mit der Energie Steiermark und 24 namhaften steirischen Industriebetrieben diesbezüglich wesentliche Zusammenhänge aufgezeigt, sowie Handlungsfelder und konkrete Umsetzungsschritte erarbeitet (Details dazu finden sich unter <https://steiermark.iv.at/industrieland-steiermark/masterplan>).

AUSGANGSLAGE

Die Steiermark nimmt mit Vorrangzonen für Wind und Photovoltaik sowie Sonderstandort-Verordnungen eine bundesweite Vorreiterrolle beim geordneten Ausbau erneuerbarer Energien ein. Diese solide Basis muss jedoch vor dem Hintergrund der steirischen Wirtschaftsstruktur gesehen werden: Die Steiermark zählt zu den industriestärksten Regionen Österreichs – rund 35 % der Wertschöpfung stammen aus der Industrie, rund 120.000 Beschäftigte arbeiten im produzierenden Bereich. Besonders ins Gewicht fällt, dass 28 % der steirischen Industriebeschäftigten in energieintensiven Betrieben tätig sind – deutlich über dem Bundesschnitt von 20 %. Angesichts des stark steigenden Bedarfs reichen die derzeit geplanten Ausbauvorhaben nicht aus. **Es braucht deutlich ambitioniertere Flächenwidmungen, um die Versorgungssicherheit langfristig zu sichern.**

Dass die Industrie bereit ist, ihren Teil beizutragen, belegen konkrete Zahlen: Industrie und Energie Steiermark planen allein zwischen 2025 und 2029 Investitionen von rund 3,5 Milliarden Euro in Energieinfrastruktur und grüne Produktionsprozesse. Diese Investitionen entfalten erhebliche regionalwirtschaftliche Wirkung: Sie generieren Wertschöpfungseffekte von 1,3 Milliarden Euro, sichern oder schaffen rund 16.000 Arbeitsplätze, lösen Lohn- und Gehaltszahlungen von rund 580 Millionen Euro aus und führen zu Steuer- und Abgabenleistungen von rund 460 Millionen Euro – ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierung der öffentlichen Haushalte.

KONKRETE HINWEISE

Leistungsfähigkeit und Verfügbarkeit von Energie sind für die steirische Industrie zentrale Standortfaktoren, aber selbst bei Erreichen der aktuellen Ausbauziele verbleibt in der Steiermark im Bereich Strom bis 2030 eine Lücke von rund 4,2 TWh (mit den derzeit bestehenden Maßnahmen liegt diese sogar bei 5,8 TWh). Markante Anstiege der Import-Abhängigkeiten (bis zu 40 Prozent) wären die Folge. Vollständige Autarkie ist grundsätzlich nicht erforderlich, Importabhängigkeiten sollten aber jedenfalls im Rahmen der heimischen Möglichkeiten auf ein energiepolitisch vertretbares Maß begrenzt bleiben.

Windkraft ist in diesem Zusammenhang ein unverzichtbarer Bestandteil eines stabilen und diversifizierten Energiesystems, weil sie gerade auch im Winter und in den Nachtstunden einen wichtigen Beitrag zur Stromversorgung leisten kann. Eine standortbezogene Ausbauplanung, die Erzeugung und Verbrauch räumlich zusammendenkt, stärkt die Versorgungssicherheit vor Ort, erhöht die regionale Wertschöpfung und minimiert den erforderlichen Netzausbau.

Um die Potenziale bestmöglich zu heben, kommt es auf die Qualität der ausgewiesenen Flächen an. Die Erweiterung bestehender Windparks ist grundsätzlich sehr zu begrüßen, da Infrastruktur und Netzanbindung bereits vorhanden sind. Allerdings befinden sich einige der vorgesehenen Erweiterungsflächen auf niedrigeren Bergrücken, was Fragen zum tatsächlichen Winddargebot und zur wirtschaftlichen Tragfähigkeit aufwirft, ebenso ist es wesentlich, dass teilweise bei neu ausgewiesenen Standorten noch entsprechende Windmessungen und Netzkonzepte berücksichtigt werden müssen.



Hinzuweisen ist auch darauf, dass eine Vorrangzone im Sachprogramm erfahrungsgemäß noch lange kein genehmigtes Windrad bedeutet. In UVP-Verfahren treten oft Detailkonflikte auf, die einzelne Standorte ausscheiden lassen oder ein Gesamtprojekt wirtschaftlich unrentabel machen können. Daraus folgt zwingend, dass die Gesamtfläche der ausgewiesenen Vorrangzonen einen ausreichenden Realisierungspuffer aufweisen muss.

Vor diesen oben angeführten Argumenten sind sämtliche geeigneten Ausbauflächen, die grundsätzlich die wesentlichen Eignungskriterien erfüllen, konsequent als Vorrangzonen auszuweisen. Dabei kommt der Raumplanung eine Schlüsselrolle zu: Verbindliche Vorrangzonierungen auf Landesebene schaffen nicht nur Planungssicherheit für Projektwerber, sondern entziehen energiepolitisch gebotene Standortentscheidungen auch dem Zugriff kommunalpolitischer Einzelinteressen. Windkraftprojekte dürfen nicht daran scheitern, dass auf Gemeindeebene sachfremde Erwägungen oder lokale Widerstände raumordnungsrechtlich relevante Entscheidungen überlagern. Die Landesplanung hat hier eine ordnende und gegebenenfalls auch schützende Funktion gegenüber kurzfristigen regionalen Entwicklungen.

Wie wesentlich dieser raumordnungspolitische Handlungsbedarf ist, verdeutlicht die laufende Debatte um das Hubereck zwischen Admont und Rottenmann. Der Standort – im Gemeindegebiet Rottenmanns gelegen – wurde bereits als Vorrangzone gehandelt, ist dann aus dem Landesprogramm gefallen und soll nun im Zuge des neuen Sachprogramms als Eignungszone neu ausgewiesen werden. Der Fall zeigt exemplarisch, wie ungeklärte Zonierungsfragen und lokale Abstimmungsprozesse auf Gemeindeebene sinnvolle Projekte über Jahre verzögern können. Dies ist insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass hier naheliegende größere Energieverbraucher vorhanden sind - und die Netze dadurch nicht über Gebühr belastet werden - zu bedauern.

Zu § 3a Abs. 4 (Ausschluss-, Vorrang- und Eignungszonen) ist ergänzend anzumerken, dass die Streichung der Mindestgesamtleistung bei Erweiterungsvorhaben und die damit verbundene Möglichkeit, kleinere Erweiterungsprojekte außerhalb des UVP-Regimes zu realisieren, grundsätzlich zu begrüßen ist. Sie trägt dem Umstand Rechnung, dass bestehende Windparks in der Regel bereits über funktionierende Netzanbindungen und erprobte Erschließungsinfrastruktur verfügen, sodass der zusätzliche Prüfaufwand eines vollständigen UVP-Verfahrens für begrenzte Kapazitätswachse in keinem vertretbaren Verhältnis zum tatsächlichen Genehmigungsrisiko steht.

ABSCHLUSS


Eine leistbare und zuverlässige Energieversorgung ist und bleibt die entscheidende Grundlage für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Steiermark. Das Ziel muss daher sein, neue Abhängigkeiten zu minimieren und Versorgungssicherheit durch heimische Erzeugung, Speicherlösungen und innovative Konzepte abzusichern.



Das mit dieser Auflage des Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Wind ebenfalls angekündigte Sachprogramm Energiespeicher ist ein wichtiger nächster Schritt und mehr als nur ein energiepolitisches Signal. In Zeiten massiv steigender Energiebedarfe braucht es eine umfassende Ausbauoffensive für alle verfügbaren erneuerbaren Energieformen – von PV über Wind bis hin zu Wasserkraft, Geothermie und Wasserstoff. Denn erneuerbare Energien allein sichern noch keine stabile Versorgung: Ohne ausreichende Speicherkapazitäten bleiben Erzeugungsspitzen ungenutzt und Versorgungslücken in nachfragestarken Perioden ungedeckt. Speicher sind damit das verbindende Element eines resilienten Energiesystems. Dabei darf die anhaltende Bedeutung von Erdgas als Brückentechnologie nicht ausgeblendet werden. Parallel zu den laufenden Transformationsvorhaben wird der Wirtschaftsstandort Steiermark Erdgas weiterhin benötigen. Eine realistische Energiepolitik muss diesen Umstand anerkennen und entsprechende Versorgungssicherheit auch für gasbasierte Prozesse gewährleisten.

In diesem Sinne ersuchen wir um Berücksichtigung unserer Anmerkungen und verbleiben

mit freundlichen Grüßen
Industriellenvereinigung Steiermark



Mag. Christoph Robinson, MBA
Geschäftsführer



Dipl.-Ing. Karlheinz Rink
Referent

